

# Informationssouveränität statt Ernährungssouveränität

**Medien sind der Sauerstoff der Demokratie. Bis in ihre Kapillaren muss eine Demokratie mit Informationen versorgt werden, sonst sterben ihre Glieder ab. Genau das droht aber in der Schweiz, denn das Mediensystem ist nicht mehr überlebensfähig. Es ist schön, dass wir über Ernährungssouveränität nachdenken – was wir wirklich brauchen, ist aber eine Diskussion über Informationssouveränität: Die Schweiz muss ihre Medien und damit ihr kapilläres Informationssystem unterstützen, sonst erstickt die Demokratie. Überlegungen zur Informationssouveränität.**

Die Schweiz soll sich selber ernähren können: *Wir brauchen eine Landwirtschaft, die die Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln versorgt.* Das fordert die Initiative «Für Ernährungssouveränität».<sup>1</sup> Die Initiative klingt gut. Sie will in die Verfassung schreiben, dass der Bund eine einheimische bäuerliche Landwirtschaft fördert, *die einträglich und vielfältig ist, gesunde Lebensmittel produziert und den gesellschaftlichen und ökologischen Erwartungen der Bevölkerung gerecht wird.* Noch vor kurzem hatte die Initiative überraschend hohe Zustimmungswerte. Mittlerweile sieht das anders aus: Sowohl die Umfrage von Tamedia<sup>2</sup> wie die GfS-Umfrage der SRG<sup>3</sup> gehen von einer Ablehnung aus. Weil der Nein-Trend so stark ist, kann die Ablehnung trotz ursprünglich sehr guten Werten sogar deutlich ausfallen.

Interessant an der Diskussion ist, dass es jeder Schweizerin, jedem Schweizer einleuchtet, wie wichtig es ist, über Ernährungssouveränität zumindest nachzudenken. Es ist klar, dass ein Land sich fragen muss, bis zu welchem Grad es in der Lage sein muss, sich selbst zu ernähren. Uneinigkeit herrscht darüber, wie diese Ernährungssouveränität hergestellt werden kann. Viele Bauern wehren sich gegen die Initiative, weil sie den eingeschlagenen Weg in der Landwirtschaftspolitik auf den Kopf stellen würde. Ernährungssouveränität an sich finden aber viele Politiker bedenkenswert. Das ist interessant. Denn spätestens auf dem Teller des Konsumenten ist es wurscht, woher das Rüeblli kommt.

## Bei Informationen kommt es auf die Herkunft an

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich kaufe nach Möglichkeit bei regionalen Bauern Bio-Gemüse und Eier von glücklichen Hühnern, die ihre Würmer noch selber suchen dürfen. Ich bilde mir ein, dass der Salat vom Birsmatthof nicht nur nachhaltiger ist, sondern auch besser schmeckt als der Salat aus der Migros. Aber ich bin nicht sicher, ob ich in einem Blindtest ein Basler Bio-Rüeblli von einer konventionellen Karotte aus Deutschland oder Frankreich unterscheiden könnte. Ganz sicher lässt sich ein Schweizer Bio-Rüeblli nicht von einer deutschen Bio-Karotte unterscheiden.

Bei Informationen ist das ganz anders.

Einer Zeitung oder einer Illustrierten aus Deutschland sieht man sofort an, dass sie nicht aus der Schweiz kommt und das liegt nicht nur am «ß». Eine deutsche Zeitung behandelt völlig andere Themen als eine Schweizer Zeitung – und zwar nicht nur im Lokalen und im Inland-Teil, sondern auch in anderen Teilen der Zeitung. Das bedeutet etwas vereinfachend gesagt: Eine Kartoffel aus Hamburg oder München kann problemlos jederzeit für eine Schweizer Kartoffel einspringen. Eine Zeitung aus Deutschland kann das nicht. Es ist deshalb erstaunlich, dass wir in der Schweiz über Ernährungssouveränität diskutieren, nicht aber über Informationssouveränität.

## Der Medienmarkt steht vor dem Kollaps

Glauben Sie ja nicht, das Problem sei an den Haaren herbeigezogen. Die Schweiz ist auf dem Informationsmarkt so stark unter Druck wie noch nie. Vermutlich haben die Schweizerinnen und Schweizer noch nie in der Geschichte so viele ausländische Inhalte konsumiert – und vermutlich ist über die neuen Mechanismen des Medienmarkts im Internet noch nie so viel Geld aus dem Schweizer Medienmarkt ins Ausland abgeflossen. Verglichen damit herrschen in der Schweizer Landwirtschaft goldene Zeiten – unter anderem deshalb, weil der Bund bereits viele Milliarden in die Landwirtschaft und damit in die Ernährungssouveränität investiert. Es wird Zeit, dass wir auch für eine Informationssouveränität der Schweiz sorgen. Denn

ohne eigenständige Informationsproduktion ist die Schweizer Demokratie nicht überlebensfähig.

Dabei darf es nicht einfach um Artenschutz für Verleger gehen. Ihr Geschäftsmodell ist passé, sie haben jahrzehntlang sehr gut verdient und zu spät gemerkt, dass das Internet die Medien auf den Kopf stellt. Leider hört der Bundesrat bis jetzt vor allem auf die Dinosaurier der Medienbranche: Er lässt sich die Medienpolitik zu stark von den sterbenden Verlagen diktieren und richtet sich zu sehr nach der Vergangenheit aus. Die Schweiz braucht keinen Schutz für die Verlage von einst und keinen Protektionismus für die alten Medienhäuser. Die Schweiz muss dafür sorgen, dass auch in Zukunft journalistische Informationen über die Arbeit von Regierungen und Parlamenten, über Politik und Kultur, verfügbar sind, und zwar nicht nur aus Zürich, Basel oder Bern, sondern auch aus Aarberg, Beromünster und Cudrefin, aus Waldenburg, Werdenberg und Willisau – kurz: aus den Kapillaren der Demokratie. Informationen sind wie Sauerstoff: Werden die äussersten Glieder nicht mehr damit versorgt, stirbt die Demokratie.

## Skizzen für eine Informationssouveränität

Wie könnte eine solche Informationssouveränität hergestellt werden, wenn es nicht darum gehen darf, einfach die Verleger zu stützen? Ich sehe drei Elemente, die es über

den elektronischen Service Public der SRG hinaus künftig brauchen wird:

- 1) Vom Bund finanzierte Aus- und Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten, welche neutral und qualitativ hochstehend aus den genannten Kapillaren der Demokratie berichten können
- 2) Eine gemeinwirtschaftlich organisierte Informationsproduktion in eben diesen Kapillaren der Demokratie
- 3) Unterstützung bei der Verbreitung dieser Informationen (nicht über die Druckerpressen der traditionellen Verleger)

Sehen wir uns die drei Punkte etwas genauer an.

### **1) Aus- und Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten**

Die schlechte Ausbildungslage im Journalismus sollte allen zu denken geben, welche die Demokratie in der Schweiz hochhalten. Wenn wir nicht dafür sorgen, dass es gute Ausbildungsmöglichkeiten für Journalisten gibt, haben wir bald keine mehr. Viele Verlage können es sich nicht mehr leisten, Auszubildende ans Medienausbildungszentrum Maz in Luzern zu schicken – und die Azubis, welche die Kurse noch belegen, dürfen oft nicht in die Kurse gehen, weil sie auf der Redaktion grad nicht fehlen können. Auffallend ist in diesem Zusammenhang auch, dass Universitäten und Medienbranche in der Schweiz, sagen wir mal, fremdeln. Das Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft fög publiziert mit dem «Jahrbuch Qualität der Medien» zwar wichtige Studien über

die Medienqualität in der Schweiz, die Redaktionen reagieren darauf aber so interessiert wie ein Hotel auf die schlechte Kritik in einem indonesischen Reiseführer. Verheerend an der Ausbildungssituation ist, dass die Anbieter (zum Beispiel die Fachhochschulen) mit Ausbildungen für PR- und Kommunikationsberufe viel eher Geld verdienen können als mit Ausbildungsgängen für klassischen, politischen Journalismus. Wenn die Schweiz das nicht ändert, werden ihr früher oder später die Journalisten ausgehen.

### **2) Die Informationsproduktion**

Kernstück der Informationssouveränität ist natürlich die Produktion von Informationen auf allen Ebenen der Demokratie und das heisst auch in den Kapillaren des Landes. Das kann nur eine Nachrichtenagentur leisten, die als Service Public organisiert ist. Die heutige Schweizerische Depeschagentur sda leidet an einem grundsätzlichen Konstruktionsfehler: Sie gehört ihren Kunden, den Verlagen. Und die haben aus zwei Gründen kein Interesse an einer starken Agentur: Erstens möchten sie ihre Kosten tief halten – und zweitens möchten sie es ihren Konkurrenten im Internet nicht zu einfach machen, indem sie ihnen Zugriff auf eine (zu) gute Nachrichtenleistung der sda geben.

Tamedia, der grösste Verlag in der Schweiz, ist derzeit daran, mit seiner grossen Zentralredaktion eine Art In-House-Agentur zu schaffen. Tamedia ist deshalb nicht an einer starken sda interessiert, welche in der Lage ist, die wenigen, unabhängigen Zeitungen und Internetportale umfassend mit Nachrichten zu versorgen. Für die Schweiz wäre

es besser, die sda wäre als Service Public finanziert. Das heisst: Die Leistung der sda sollte (wie die Leistung der Landwirtschaft) im Sinne eines Dienstes am Land finanziert sein. Die Nachrichten sollten allen, die sich dafür interessieren, für sehr wenig Geld zur Verfügung stehen. Auch kleine Internetangebote könnten sich dann sda-Meldungen leisten und würden auf diese Weise für eine Verbreitung der Informationen aus den Kapillaren der Demokratie sorgen.

### **3) Die Verbreitung dieser Informationen**

Zum dritten Punkt: der Verbreitung der Informationen. Über kurz oder lang wird es in der Schweiz kaum mehr gedruckte Medien geben, weil sich ihre Herstellung und Verbreitung nicht mehr lohnt. Die Werbeeinnahmen brechen derart rasch ein, dass dieser Zeitpunkt rascher erreicht sein wird, als heute viele Zeitungsleser meinen. Die Informationen aus den Kapillaren der Demokratie werden also im Internet publiziert. Das Problem ist nur: Auch das kostet und die Grenzkosten steigen. Gerade für Informationsangebote in kleinen Gemeinden oder in Quartieren sind die Kosten für Content Management Systeme, Server, Leitungen, Backuplösung, Newslettersystem, Spam-Schutz und so weiter oft zu hoch.

Viel einfacher wäre es, wenn die kleinen Informationsangebote für all diese Tools auf eine Art zertifizierten, eidgenössischen Werkzeugkasten zurückgreifen könnten. So, wie der Staat die Strassen zur Verfügung stellt, auf denen die privaten Autos herumfahren können, so könnte der Staat die wichtigsten Voraussetzungen schaffen, die es für eine Informationssouveränität

in der Schweiz braucht. Finanzieren liesse sich eine solche gemeinwirtschaftliche Infrastruktur über eine Digitalsteuer. Auf diese Weise könnte die Schweiz dafür sorgen, dass nicht alles Geld, das im Internet verdient wird, ins Ausland abfließt. Die Initiative zur Ernährungssouveränität wird voraussichtlich abgelehnt. Bevor die nächste Landwirtschaftsinitiative die Politikerinnen und Politiker beschäftigt (es wird dann um die Hörner der Kühe gehen<sup>4</sup>), wäre es Zeit, dass sich die Schweiz ernsthaft mit der Informationssouveränität auseinandersetzt. Rüebli und Kartoffeln wird es weiterhin geben, wenn nicht aus der Schweiz, dann halt aus anderen Ländern. Informationen über die Kapillaren unserer Demokratie dagegen könnten uns bald ausgehen. Und dann geht der Demokratie in der Schweiz die Luft aus.

Basel, 14. September 2018, Matthias Zehnder [mz@matthiaszehnder.ch](mailto:mz@matthiaszehnder.ch)

Quellen:

- 1 Vgl. Initiativwebsite: <https://ernahrungssouveranitat.ch/>
- 2 Vgl. <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/beide-agrarinitiativen-drohen-zu-scheitern/story/12706363>
- 3 Vgl. <https://www.srf.ch/news/schweiz/abstimmungen/abstimmungen/ernaehrungssouveranitaet/trotz-knapem-ja-ernaehrungssouveranitaet-vor-dem-absturz>
- 4 Vgl. <https://hornkuh.ch/de/hornkuh-initiative/>